

»Die wahre Gesundheitskrise beginnt oft nach dem Krieg«

Über das Leben im systematisch von Israel zerstörten Gazastreifen und mögliche Hoffnung auf Frieden. Ein Gespräch mit Abed Schokry

Interview: Hendrik Pachinger

Deutschland ist Ihnen nicht fremd. Sie lebten bereits 18 Jahre lang hier und haben hier auch Ihre Ausbildung zum Ingenieur gemacht. Wie war das damals?

Meine Mutter ist im Dorf Hamamah im heutigen Israel geboren. Mein Vater wurde wie ich in Gaza-Stadt geboren. Ich war nicht mal 19 Jahre alt, als ich Ende 1990 nach Deutschland zum Studieren kam. Ich habe Deutsch gelernt, das Studienkolleg erfolgreich abgeschlossen und im Jahr 2006 endlich promoviert. Nach unserer Heirat im Jahr 2002 kam meine Frau aus Gaza nach Berlin, wo auch unsere ersten Kinder geboren wurden. Nach ihrer Promotion entschieden wir uns im Frühjahr 2007 für die Heimkehr nach Gaza. Im August 2008 bekam ich eine Stelle als Hochschulprofessor an der dortigen Uni. Ich habe den Kontakt hierher aufrechterhalten, und so bin ich immer wieder als Gastprofessor für einen kurzen Forschungsaufenthalt nach Deutschland gekommen. So war ich auch im Sommer 2023 hier.

Viele Ihrer Studenten haben später eine Rolle bei der Entwicklung des Alltagslebens übernommen. Ihre Arbeit hat also dazu beigetragen, das »normale Leben« in der unmenschlichen Situation zu entwickeln, die die Besatzung den Menschen aufzwingt.

Das kann man so sagen. Drei meiner ehemaligen Studierenden haben nach Abschluss des Studiums Jobs bei der Firma Coca-Cola in Gaza-Stadt gefunden. Am 5. Oktober 2023 war ich noch mit einer Gruppe von Studierenden zur Besichtigung. Andere haben Arbeit bei im Gazastreifen arbeitenden internationalen Organisationen gefunden. Mit einem Studium des Wirtschaftsingenieurwesens oder Maschinenbaus hat man gute Chancen, auch in Gaza Arbeit zu finden. Bildung hatte für uns Palästinenser schon immer einen sehr hohen Wert.

Viele dieser Orte existieren heute nicht mehr, nachdem das israelische Militär sie zerstört hat. Lässt sich das in Zahlen ausdrücken?

Die städtische Infrastruktur in Gaza befindet sich in einem Zustand des nahezu völligen Zusammenbruchs. Etwa 85 Prozent der Infrastruktur in Gaza-Stadt wurden fast vollständig zerstört. Mehr als 800 Kilometer Straßen wurden von asphaltierten Wegen in Schotterpfade verwandelt. 548 Schulen wurden zerstört, 90 Prozent der Häuser sind stark beschädigt oder vollständig

vernichtet. Über die Hälfte dieser Bomben waren keine gezielten Angriffe, sondern einfach Flächenbombardements, um den Gazastreifen auszuradiieren.

Der Wiederaufbau braucht fähige Arbeitskräfte von Bauarbeitern, Architekten und Ingenieuren. Woher sollen diese kommen, nachdem Israels Armee alle Bildungseinrichtungen vor Ort gezielt vernichtet hat?

Die Zerstörung von Schulen, Universitäten und Ausbildungszentren ist nicht nur ein Angriff auf Gebäude, sondern auf die Zukunft einer Gesellschaft. Dennoch glaube ich nicht, dass dadurch dauerhaft die Fähigkeit zum Wiederaufbau verschwindet.

Wieso nicht?

Erstens darf man nicht vergessen, dass Bildung nicht ausschließlich in Gebäuden stattfindet. Viele Ingenieure, Architekten, Lehrer und Handwerker, die in Gaza vor dem Krieg ausgebildet wurden, leben noch – in Gaza selbst, im Westjordanland oder in der weltweiten Diaspora. Wissen verschwindet nicht mit den Mauern einer Universität. Zweitens wird der Wiederaufbau vermutlich nicht allein von Menschen aus Gaza getragen werden können, da das Ausmaß an Zerstörung sehr groß ist. Drittens entstehen nach großen Zerstörungen oft alternative Bildungsformen. Unterricht findet dann in Notunterkünften, Privathäusern, Zelten oder online statt. Das ist keinesfalls ein Ersatz für funktionierende Universitäten, aber es verhindert, dass eine ganze Generation den Anschluss verliert. Ich unterrichte beispielsweise online und Kollegen von mir auch.

Das Leben der Menschen vor Ort wird systematisch zerstört, ein praktisches Problem ist Bargeld. Es ist fast unmöglich, an dieses zu kommen. Wie geht die Bevölkerung in Gaza damit um?

Die Bargeldkrise in Gaza ist tatsächlich eines der weniger beachteten, aber sehr praktischen Probleme des Alltags. Seit Beginn des Krieges wurden Banken beschädigt, Geldautomaten zerstört, und es gelang nur begrenzt, neue Banknoten in den Gazastreifen zu bringen. Gleichzeitig funktionieren viele digitale Zahlungswege nur eingeschränkt, weil Strom, Internet und Telekommunikation immer wieder ausfallen. Eine Kilowattstunde Strom kostet bis zu zehn US-Dollar. Die Folge ist ein paradoxes Problem: Manche Menschen haben Geld auf ihrem Konto, können aber kaum darauf zugreifen. Es haben sich daher verschiedene Notlösungen entwickelt.

Es gibt zum einen informelle Bargeldhändler. Diese haben Zugang zu Bargeld und zahlen es gegen hohe Gebühren aus. Ansonsten gibt es noch gegenseitige Hilfe durch Kredite, Tauschgeschäfte oder gemeinsame Einkäufe. Ebenso gibt es die Möglichkeit, Schulden zu machen und anschreiben zu lassen. Gerade viele kleine Händler führen Listen, auf denen sie festhalten, wer später zahlen darf. Ebenso spielen digitale Überweisungen zunehmend eine große Rolle.

Welche Waren sind überhaupt verfügbar?

Da derzeit täglich nur etwa 113 Lkw in den Gazastreifen einfahren, sind die Waren extrem beschränkt. In der Waffenstillstandsvereinbarung war etwa die

sechsfache Menge festgeschrieben worden. Insgesamt haben aber nur 14 Händler eine Einfuhrgenehmigung von den Israelis. Wie sie an diese gekommen sind, ist nicht bekannt. Sie importieren wahlweise Luxusgüter oder verkaufen Dinge des täglichen Gebrauchs völlig überteuert. Obst und Gemüse sind schwierig zu bekommen, ein ganzes Schaf kostet etwa 5.000 US-Dollar (rund 4.300 Euro, jW).

Das von US-Präsident Donald Trump ins Leben gerufene »Board of Peace« soll den Gazastreifen nach der Entwaffnung der Hamas regieren. Wie geht es damit voran?

Das »Board of Peace« bzw. die ihm unterstellte palästinensische Technokratenverwaltung kommt derzeit kaum voran, da weder die Hamas entwaffnet noch eine Übergangsverwaltung in Gaza eingesetzt wurde. Das »National Committee for the Administration of Gaza« sollte unter Aufsicht des Boards nach der schrittweisen Entwaffnung der Hamas die Verwaltungsstrukturen übernehmen. Diese dürfen Gaza bis heute nicht betreten und üben keinerlei tatsächliche Regierungsgewalt aus.

Gibt es diesbezüglich Fortschritte?

Die jüngsten politischen Entwicklungen haben die Lage eher komplizierter gemacht. Die geplanten Wahlen der Palästinensischen Autonomiebehörde wie auch die israelischen Wahlen gelten als Faktoren, die Einfluss auf die Zukunft der Gazaverwaltung haben könnten. Die Frage, ob eine reformierte Palästinensische Autonomiebehörde überhaupt die Legitimität und politische Kraft hätte, Gaza zu übernehmen, ist weiterhin offen. Finanziell sieht es ebenfalls schlecht aus; obwohl bei den ersten Treffen des »Boards of Peace« hohe Summen angekündigt wurden, sind große Teile der versprochenen Gelder bislang nicht angekommen.

Alle Familien im Gazastreifen haben durch diesen Krieg in irgendeiner Form direkt gelitten, sei es durch Obdachlosigkeit, Verletzungen oder den Tod von Angehörigen. Wie ist die medizinische Versorgung derzeit?

Die stellt vermutlich eine der größten Sorgen für die Zukunft dar. Nicht nur wegen der unmittelbaren Kriegsverletzungen, sondern wegen der langfristigen Folgen für die gesamte Bevölkerung. Die meisten Menschen denken bei Krieg zuerst an Bomben und zerstörte Häuser. Aber die wahre Gesundheitskrise beginnt oft danach. Wenn Hunderttausende Menschen vertrieben werden, in Ruinen oder provisorischen Unterkünften bzw. in Zelten leben und die Infrastruktur zusammenbricht, entstehen Probleme, die Monate oder Jahre nachwirken.

Viele Krankenhäuser und Gesundheitszentren wurden beschädigt, zerstört oder arbeiten nur eingeschränkt. Eines der letzten verbliebenen Krankenhäuser steht in Khan Junis und arbeitet mit einer Auslastung von 300 Prozent der Kapazitäten. Dennoch kommen sie kaum hinterher. Rettungsdienste werden regelmäßig angegriffen, vom medizinischen Personal sitzen derzeit 18 Personen in israelischer Haft, darunter der Leiter des ehemaligen Al-Schifa-Krankenhauses in Gaza. Aber selbst dort, wo medizinisches Personal

vorhanden ist, fehlen häufig Medikamente, Verbrauchsmaterialien, Ersatzteile für Geräte, Treibstoff für Generatoren oder ausreichend Betten.

Ein weiteres Problem sind die Lebensbedingungen außerhalb der Krankenhäuser. Wenn große Mengen an Trümmern und Abfällen über lange Zeit liegen bleiben, vermehren sich Ratten, Fliegen, Mücken deutlich.

Die Tiere sind dabei nicht die einzigen Vektoren für Infektionskrankheiten.

Genau. Es kommen noch zahlreiche weitere hinzu, etwa verunreinigtes Trinkwasser, zerstörte und beschädigte Abwassersysteme, unzureichende Müllentsorgung, überfüllte Unterkünfte, Mangelernährung. Diese Faktoren begünstigen Durchfall, Haut-, Atemwegs- und andere Infektionskrankheiten.

Oft wird auch die psychische Belastung unterschätzt. Wenn in nahezu jeder Familie Angehörige verletzt oder getötet wurden, sie ihr Zuhause verloren haben, betrifft das nicht nur Einzelne, sondern eine ganze Gesellschaft.

Sollte der Wiederaufbau irgendwann möglich sein, wie müsste der im Gesundheitswesen aussehen?

Müsste ich einen vorsichtigen Blick in die Zukunft wagen, dann könnte die Gesundheitsversorgung nach einem Ende der Kampfhandlungen drei Phasen durchlaufen. Da wäre die akute Notfallphase, die folgende Schritte umfassen würde: Behandlung von Verletzten, Wiederherstellung grundlegender Gesundheitsdienste. Impfprogramme und Seuchenprävention. Anschließend bräuchte es eine Stabilisierungsphase, in welcher Krankenhäuser, Labore und Apotheken wieder aufgebaut werden. Medizinisches Personal müsste wieder ausgebildet werden und natürlich denjenigen, die heute aktiv sind, geholfen werden, mit all den erlebten Schrecken umzugehen.

Danach würde eine langfristige Phase starten, in der all die chronischen Krankheiten behandelt würden, wie auch eine gesamte Gesellschaft Traumatherapie bräuchte. Wobei ich betonen muss, dass all diese Phasen gleichzeitig stattfinden müssten. Während noch Trümmer geräumt werden, brauchen Kinder Impfungen. Während Krankenhäuser repariert werden, benötigen Krebspatienten ihre Therapien. Während Familien um Angehörige trauern, müssen neue Gesundheitsstrukturen aufgebaut werden. Deshalb geht es bei der medizinischen Frage auch um Wasser, Strom, Hygiene, Wohnraum, Ernährung, psychische Gesundheit und öffentliche Verwaltung. Erst wenn diese Bereiche wieder funktionieren, kann sich auch das Gesundheitssystem nachhaltig erholen.

All das spielt für hiesige große Medien nur bedingt eine Rolle. Spätestens mit den Verhaftungen von medizinischem Personal musste darüber berichtet werden. Wie empfinden Sie die Berichterstattung hierzulande zu Palästina?

Einerseits gibt es sehr gute Journalisten, die vor Ort recherchieren, humanitäre Folgen dokumentieren und auch unbequeme Fragen stellen. Andererseits habe ich oft den Eindruck, dass das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung lange weniger Aufmerksamkeit erhielt als andere Aspekte des Konflikts. Viele

Palästinenser in Deutschland haben das Gefühl, dass zunächst vor allem über Sicherheitsfragen, militärische Entwicklungen und politische Positionen gesprochen wurde. Das alltägliche Leben der Menschen in Gaza – von Krankenhäusern, Schulen, Hunger, Vertreibung, Wasser, Abwasser, Krankheiten – erhielt vergleichsweise wenig Raum.

Aber im Verlauf des Krieges hat sich die Berichterstattung verändert. Je größer die humanitäre Katastrophe wurde, desto schwieriger wurde es, sie auszublenden. Ich glaube allerdings nicht, dass die deutsche Medienlandschaft einheitlich ist. Zwischen öffentlich-rechtlichen Sendern, regionalen Zeitungen, internationalen Korrespondenten, Fachmedien und Kommentatoren gibt es erhebliche Unterschiede.

Wie nehmen Sie die Stimmung in der BRD wahr?

Sie erscheint mir insgesamt gespalten und deutlich polarisiert. Es gibt weiterhin Menschen, die Israels Vorgehen vor allem durch die Brille des 7. Oktober 2023 (Tag des Angriffs aus Gaza auf israelische Besatzungstruppen und Zivilisten, jW) betrachten. Für sie stehen die Zerschlagung der Hamas und die Sicherheit Israels im Vordergrund. Sie argumentieren, dass viele internationale Debatten die Bedrohung durch die Hamas, den Raketenbeschuss und die Geiseln zuwenig berücksichtigen.

Gleichzeitig ist die Kritik an der israelischen Kriegführung in Gaza in Deutschland deutlich gewachsen. Mit steigenden Opferzahlen, Berichten über Hunger, Zerstörung und die humanitäre Lage haben sich auch Stimmen verstärkt, die von unverhältnismäßiger Gewalt sprechen oder sogar schwerste Vorwürfe bis hin zu Kriegsverbrechen erheben. Diese Kritik kommt längst nicht mehr nur aus klassischen propalästinensischen Kreisen, sondern auch aus Teilen der Wissenschaft, Kirchen, Medien, Kulturszene und teilweise aus der Politik. Auffällig ist zudem, dass viele Menschen zwischen verschiedenen Ebenen unterscheiden. Viele unterstützen das »Existenzrecht Israels«, wie man hierzulande sagt, und lehnen die Hamas ab. Gleichzeitig kritisieren sie die israelische Regierung und ihre Kriegführung. Diese Kombination findet man heute deutlich häufiger als noch zu Beginn des Krieges.

Die Regierung betont bei jeder Gelegenheit die besondere Beziehung zum Staat Israel vor dem Hintergrund des industriellen Massenmords der Nazis an Jüdinnen und Juden. Wie nehmen Sie diesen Aspekt der Debatte wahr?

Wegen der historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Juden und Israel wird die Debatte hier oft sensibler und emotionaler geführt als in vielen anderen Ländern. Manche sehen darin eine notwendige historische Wachsamkeit. Andere kritisieren, dass berechtigte Kritik an israelischer Regierungspolitik dadurch erschwert oder vorschnell mit Antisemitismusvorwürfen vermischt werde.

Heute wird wesentlich häufiger über die humanitären Folgen des Krieges, die Versorgungslage in Gaza und die politische Verantwortung der israelischen Regierung gesprochen. Das bedeutet nicht, dass eine Mehrheit grundsätzlich gegen Israel wäre, wohl aber, dass die Unterstützung für die konkrete Kriegführung deutlich umstrittener geworden ist.

Welche Chancen sehen Sie für einen gerechten Frieden?

Es ist sehr viel geschehen, und daher sind wir Lichtjahre von einem gerechten Frieden entfernt. Die Frage ist: Was verstehen beide Seiten unter »Frieden«? Wenn sowohl Israelis als auch wir, die Palästinenser, dauerhaft in Sicherheit, Freiheit und politischer Selbstbestimmung leben wollen, dann müssten mehrere Bedingungen gleichzeitig erfüllt werden.

Die Gewaltspirale müsste beendet werden, also Angriffe auf Zivilisten aufhören. Die humanitäre Katastrophe in Gaza müsste sofort beendet werden. Es müsste eine politische Perspektive für die Palästinenser geben, die über bloße Verwaltung oder dauerhafte Besatzung hinausgeht. Die Besatzung muss beendet werden. Gleichzeitig müsste die Sicherheit der israelischen Bevölkerung gewährleistet sein.

Auf beiden Seiten gibt es tiefe Traumata, Verluste und die Erfahrung, dass frühere Friedensprozesse gescheitert sind. Langfristig halte ich einen Ausgleich jedoch nicht für ausgeschlossen. Die Alternative wäre ein dauerhafter Konflikt mit immer neuen Generationen von Opfern - und genau deshalb bleibt die Suche nach einer tragbaren friedlichen Lösung trotz aller Rückschläge notwendig.

Vielleicht liegt die wichtigste Hoffnung gerade darin, dass viele Menschen - unabhängig davon, auf welcher Seite sie stehen - das Leid der Zivilbevölkerung nicht als unvermeidlich akzeptieren wollen. Solange dieses Mitgefühl nicht verloren geht, bleibt auch die Möglichkeit eines anderen Weges bestehen.

Abed Schokry, Jahrgang 1971, ist Palästinenser aus dem von Israel völkerrechtswidrig besetzt gehaltenen Gazastreifen. 1990 reiste er in die BRD, um an der Technischen Universität Berlin (TU) Biomedizintechnik zu studieren. Dort engagierte er sich unter anderem für den interreligiösen Dialog zwischen Muslimen und Christen sowie für Frieden in Nahost. An der TU promovierte Abed Schokry über »Ganzheitliche Gestaltung von Arbeitssystemen in Entwicklungsländern«. Er kehrte nach dem Abschluss seiner Dissertation nach Gaza zurück, wo er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftsingenieurwesen der dortigen Universität arbeitete. Vor zehn Jahren wurde er Vizedekan und Professor für Arbeitswissenschaft, Arbeitsschutz und Qualitätsmanagement. 2024 floh er schließlich mit seiner Familie nach Deutschland und berichtet seither über die Situation der Menschen unter israelischer Besatzung. Zuletzt sprach er am 30. Mai auf der 4. Internationalen Konferenz des Bündnisses für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e. V. in Nürnberg

Zur Person: Abed Schokry

<https://www.jungewelt.de/artikel/523775.genozid-in-gaza-die-wahre-gesundheitskrise-beginnt-oft-nach-dem-krieg.html>